



"WAS WIR BRAUCHEN, IST: DAS WAHLALTER HERABSENKEN UND NACH OBEN BEGRENZEN"

taz-Redakteurin: Rentner sollen Führerschein & Wahlrecht abgeben

Von EUGEN PRINZ | Die politische Gesinnung in den Redaktionsstuben der hiesigen Medienlandschaft ist [hinreichend bekannt](#). Giftgrüne Schwaden steigen aus der Tastatur, wenn über das verzweifelte Bemühen der Vier-Tage-Woche-Schüler berichtet wird, der Klimakrise und deren ignoranten Verursachern um jeden Preis Einhalt zu gebieten. Ja, auf die junge Generation ist Verlass! Zwar führt die klima-kastrierte Schulwoche zu deutlichen Wissensdefiziten, aber was ist schon Wissen im Vergleich zu Ideologie? Gehirngewaschen von den im Schuldienst auf breiter Front ihr Unwesen treibenden Indoktrineuren des 68er-Gedankenguts, verlassen stramm linksgrün tickende Sozialromantiker mit wenig Wissen, aber viel grüner Ideologie die heutigen Bildungsstätten.

An der Wahlurne: Zu viel Alte, zu wenig Junge

Zum Leidwesen der Meinungsdiktatoren hat Deutschland ein gravierendes Problem: Aufgrund der Gebärmüdigkeit der

emanzipierten deutschen Frau steht die Alterspyramide auf dem Kopf. Deshalb wird das Heer der Babyboomer, die in den 50er- und 60er-Jahren das Licht der Welt erblickten, noch einige Jahre an der Wahlurne verhindern, dass grünen Irrlichtern wie Habeck, Hofreiter, Roth und Co. die Handbremse völlig gelöst wird. Die Babyboomer, noch ausgestattet mit einer soliden, ideologisch unbelasteten Schulbildung und der reichhaltigen Erfahrung eines langen, erfolgreichen Lebensweges, sind der Stachel im Fleisch der linksgrünen Klima-Sekte.

Das hat auch [Johanna Roth](#) – mit ihrer Namensvetterin Claudia Roth nur seelen-, aber nicht blutsverwandt – als „Redakteurin Meinung“ beim linken Nischenblatt *taz*, erkannt. Deshalb klärt sie ihre schrumpfende Leserschaft darüber auf, dass „Alte“, also die über 60-Jährigen, nicht nur eine Gefahr im Straßenverkehr, sondern auch an der Wahlurne sind:

*Anderer Leben gefährden ist das eine. Das andere: anderer Zukunft gefährden. Am Sonntagabend, als die Europawahl-Hochrechnungen kamen, zeigte sich: Unter 60 wurde hierzulande mit Blick auf die Straße gewählt, über 60 mit Blick in den Rückspiegel. Die Zustimmung für die Grünen – die bei den unter 60-Jährigen vorne lagen und bei den Erstwähler*innen so viele Stimmen holten wie Union und SPD zusammen – sank antiproportional zum Alter der Wählenden.*

Nach dieser Feststellung ergeht sich die Autorin in Selbstmitleid: Die unter 30-Jährigen hätten auch gerne was vom Wohlstand, weil „*wir schon jetzt ärmer sind, als unsere Elterngeneration es je war*“. Danach folgen Klagen über befristete Arbeitsverträge, zu wenig Freizeit und zu hohe Mieten. Dass links-grüne Politik gerade das letztgenannte Problem deutlich verschärfen würde, vergisst sie zu erwähnen. Und dass dieses Problem vor allem auch die Rentner betrifft, ebenfalls. Am Ende ihrer larmoyanten Ausführungen weist Johanna Roth darauf hin, dass „*wir eure Renten natürlich trotzdem gerne finanzieren.*“ Danke, danke, danke Frau Roth! ...

aber seien Sie versichert: Die Rentner nehmen ihr wohlverdientes Alterseinkommen auch bei „ungerner“ Finanzierung ohne schlechtes Gewissen entgegen.

Als nächstes fährt die „Meinungsredakteurin“ die richtig schweren Geschütze auf:

Leider habt ihr uns aber nicht nur eine prekäre Arbeitswelt hinterlassen und ein Europa mit kollektiver Identitätskrise und Nationalismusproblem, sondern auch den Planeten zugemüllt mit Kohlekraftwerken und Plastiktüten. Und ihr wollt über unsere Zukunft bestimmen?

Glücklicherweise besitzt Roth noch so viel Selbstreflektion, um zu erkennen, dass sie sich „da in etwas hineinsteigert“. Das hindert sie jedoch nicht daran, im nächsten Satz zu fordern, „im Alter“ [sowohl den Führerschein, als auch das Wahlrecht](#) abzugeben. Menschenrecht hin oder her...

Würde ein Journalist der Freien Medien so einen Vorschlag machen, um der AfD zusätzliche Wählerstimmen zu verschaffen, hätte der Verfassungsschutz schon längst eine Akte über ihn angelegt, vom empörten Diskriminierungsgeschrei der etablierten Medienlandschaft ganz zu schweigen.

Jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen

Die Rentner von Wahlen auszuschließen, ist jedoch nur die halbe Miete. Damit es eine runde Sache wird – Sie ahnen es schon – fehlt noch etwas. Ohne falsche Scham offenbart Roth dann ihren gewogenen Lesern die zweite Hälfte ihres kruden Demokratieverständnisses:

„Was wir brauchen, ist eine Epistokratie der Jugend: das Wahlalter herabsenken und nach oben begrenzen – oder zumindest deutliche Anreize dafür setzen, die eigene Stimme an Jüngere zu delegieren. Zugespitzt hieße das, Unschuldige vor einer in fundamentalen Fragen inkompetenten

Wählerklientel zu schützen. Das kann man jetzt demokratiefeindlich finden, ich finde es nur vernünftig, sich darüber zumindest mal Gedanken zu machen.“

Abgesehen davon, dass zu jemanden mit solchen Überlegungen das Wort „Vernunft“ ungefähr so gut passt wie das Wort „Keuschheit“ zu einem Kinderschänder, ist es aus linksgrüner Warte ein wirklich guter Plan:

Das Wahlalter auf 14 Jahre senken und den über 60-Jährigen den Zugang zur Urne nur noch gewähren, wenn sie darin aufbewahrt werden – das garantiert die grüne Mehrheit! Aber man müsste natürlich zuerst den [Artikel 38 Grundgesetz](#) in die Tonne treten...



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Keine Asylkosten mehr = 15 Prozent höhere Renten!

Von DR. VIKTOR HEESE | Um auf dieses traurige Ergebnis zu kommen, genügt die Kenntnis des Dreisatzes. Wenngleich die Asylkostenzahlen von Berlin nicht auf dem Tablett serviert werden und in keinem Migrationsbericht auftauchen, lassen sie sich in verschiedenen Quellen finden oder schätzen. Umgekehrt liefert die Deutsche Rentenversicherung einen Wust von Publikationen und Statistiken und versucht, da, wo es wichtig ist, zu „mauscheln“. Der Beitrag liefert Tipps, wo der Leser schnell aussagekräftige Statistiken findet. Den Dreisatz beherrscht er ja mit Sicherheit.

Was kosten Deutschland die Migranten?

Der Autor hatte 2016 auf dem Höhepunkt der Migrationskrise eine [gleichnamige Monographie zu diesem Thema](#) veröffentlicht. Die ermittelten Kosten für Bund, Länder und Gemeinden bewegten sich schon damals je nach Forschungsadresse (Ifo-Institut, IfW, Raffelhüschen, Sarrazin) zwischen 30 und 55 Milliarden Euro jährlich.

Weil in den Folgejahren noch hunderttausende „Schutzbefohlene“ hinzu stießen, die nicht gerade von ihrer Hände Arbeit leben, werden die mit 40 Milliarden Euro Jahreskosten für Migranten veranschlagten Asylkosten eher zu niedrig ausfallen. Nur durch

„politischen Druck“ ist an eine reguläre Veröffentlichung eines Kostenberichtes oder Einberufung eines Untersuchungsausschusses zu denken.

Wie hoch sind die in Deutschland durchschnittlich effektiv gezahlten Renten?

Unsere Rentenbehörde (15.000 Beschäftigte) „mauschelt“ bei der Gesetzlichen Altersrente (GRV) gleich zweimal. Sie kreierte einen in der realen Rentenwelt nicht existenten Regelrentner, [auch als Eckrentner bekannt](#), der 45 Jahre lang immer Durchschnittsbeiträge gezahlt hatte und heute eine „fiktive“ Rente von 1.441 Euro (im Westen) beziehen würde. Tatsächlich wurden nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung 2017 nur 863 Euro als Durchschnittrente gezahlt, das sind ganze 40 Prozent weniger. Wozu diese „Eckrentner“, wenn es den von Altersarmut gedrohten Real-Rentner gibt?

Faustdaten zur Standardrente			Einnahmen RV insgesamt 2017	
Die Standardrente ist die monatliche Regelaltersrente eines Versicherten in der allgemeinen RV, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgelts aller Versicherten bezogen hat.			299,46 Mrd. Euro	
			darunter: Beitragseinnahmen 225,24 Mrd. Euro	
			allgemeiner Bundeszuschuss 43,79 Mrd. Euro	
			zusätzliche Bundeszuschüsse	
			zusätzliche RV	
			24,00 Mrd. Euro	
			Ausgaben RV insgesamt 2017	
			298,93 Mrd. Euro	
			darunter: Rentenausgaben	
			268,86 Mrd. Euro	
			Zahl der Renten am 31. Dezember 2017	
			25,66 Mio.	
			→ Zahl der Versichertenrenten	
			20,01 Mio.	
Zahlen von Seiten 9,10 und 55 des unteren Quellenachweises				
			Regelaltersrente	
			15 150	
			810	
			35 847	
			863	

https://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238692/publicationFile/61815/01_rv_in_zahlen_2013.pdf

Diese zusammengetragenen Angaben nach der unten angegebenen Quelle [sind auf der Homepage](#) und den zahlreichen Publikationen nicht zu finden. Warum wohl?

Der Dreisatz: Keine Asylkosten = 15 Prozent höhere Renten!

Jetzt wird es spannend. Die oben genannten 40 Milliarden Euro für die Asylkosten machen etwa 15 Prozent der Rentenausgaben von 2017 in Höhe von 269 Milliarden Euro aus. Um diesen gleichen Betrag könnte – unter sonst gleichbleibenden Bedingungen, die Volkswirte sprechen hier von der ceteribus-

paribus-Klausel – der deutsche Staat über den Bundeszuschuss die Altersrenten auf durchschnittlich 992 Euro monatlich erhöhen. Damit wäre gerade die dort für einen Single-Haushalt liegende Armutsgrenze touchiert, was ein separates Berichtsthema wäre.

40 Mrd. € Asylkosten : 269 Mrd. € Rentenausgaben = 14,9%

Das Traurige: Asylkosten lassen sich nicht in die Rentenkasse umbuchen

Die Kostenkenntnis bringt den armen Rentnern nicht viel, weil Deutschland von heute auf morgen die teuren Migranten nicht los wird. Wir sitzen buchstäblich in der Kostenfalle. Nach obigen Zahlen kostet ein Migrant – deren Zahl auf 1,8 Millionen angenommen werden soll – mindestens so viel wie zwei Rentner (Schätzung).

40 Mrd.€ : 1,8 Mio. Migranten = 22.222 € pro Migrant im Jahr = 1.852 € monatlich

1.852 € Migrationskosten pro Kopf : 863 € Durchschnittsrente = 2,1fache

Wer mehr über die Asylkosten auf kommunaler Ebene erfahren will, sei [auf die Homepage verwiesen](#). Vorab: Die Stadt Köln hat den einige Zeit veröffentlichten informativen Flüchtlingsbericht leider eingestellt. Leider wird sich auch mit einer forcierten Abschiebung eine signifikante Kostensenkung so schnell nicht erreichen lassen. Nennenswerte Effekte brächte allenfalls die rigorose Durchforstung der dreisten Asylindustrie. Dazu fehlt hierzulande heute der politische Mehrheitswille. Das kluge Nachbarland Österreich ist da schon weiter: Gleich nach der politischen Wende begann es mit einem Kassensturz. Auch in Deutschland sollten wenigstens (unabhängige?) Professoren und Forschungsinstitute sich endlich des Themas „Sparpotential bei den Asylkosten“ annehmen und an die besten Arbeiten Preise verleihen.

Das Erfreuliche: Die Rentenerhöhung kann „politisch“ erzwungen werden

Dem Autor wird oft vorgeworfen, ihm seien die „Grundsätze der deutschen Finanzwirtschaft“, der Generationenvertrag in der Rentenversicherung und der Finanzierungsvorbehalt eines Haushalts nicht bekannt. Das erste „Evangelium“ besagt, dass aus der Rentenkasse nur so viel herausfließen kann, wie eingeflossen ist. Das zweite weiß, dass wenn an einer Stelle mehr ausgegeben wird, muss an der anderen eingespart werden. Das sind Märchen für Erwachsene, weil es keine Gesetze, sondern „Gewohnheitsrechte“ sind. Gab es bei den Asylkosten einen Finanzierungsvorbehalt? Dort wo es tatsächlich juristische Hindernisse gäbe, könnten diese über Nacht mit einfachen Gesetzesänderungen beseitigt werden.

Gibt es hierzulande keinen wirksamen Widerstand, werden diese Märchen pausenlos im Volk verbreitet. Der Deutsche Michel muss sich etwas einfallen lassen, wenn er möchte, dass er in Berlin ernst genommen wird, so wie es die Franzosen in Paris mit ihren Gelbwesten schon vorgemacht haben.

(Der Autor Dr. Viktor Heese kommt aus [Masuren](#) und lebt seit über 40 Jahren in Köln. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#))



Viele Rentner müssen arbeiten, weil sie das Geld brauchen

Von BEOBACHTER | Springers WELT spricht von „[reichen Rentnern](#)“, die sich einen Job suchen. Für viele erwerbstätige Ruheständler spielen der Verdienst nur eine Nebenrolle. Richtig ist aber auch, dass ein beträchtlicher Teil der erwerbstätigen Rentner in Deutschland aus finanziellen Gründen arbeitet, insbesondere Frauen. Eine aktuelle Untersuchung der Arbeitsverwaltung zeichnet ein differenziertes Bild.

Fast ein Drittel der deutschen Rentner geht einer Berufstätigkeit nach, und zwar 31 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer. Beachtlich ist, dass davon überwiegend Frauen ihren Arbeitseinsatz auch oder ausschließlich damit begründen, dass sie das Geld bräuchten, bei den Männern nennt mehr als die Hälfte das pekuniäre Motiv. Allerdings gehen für jeweils rund zwei Drittel der befragten arbeitenden Ruheständler auch andere soziale Gründe einher, warum sie freiwillig oder unfreiwillig arbeiten. Zu den Erwerbsmotiven im Ruhestand gehören der Kontakt zu anderen Menschen, der Spaß an der Arbeit und das grundsätzliche Verlangen zu arbeiten. Hinzu gesellen sich Rentner, die Erwerbsabsichten haben, aber keine Arbeit.

Das ist im Kern das Ergebnis einer Studie des bundeseigenen [Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung](#) (IAB), einer Forschungseinrichtung der Bundesanstalt für Arbeit. Befragt wurden rund 1000 Ruheständler zwischen 58 und 69 Jahren, die sich nicht länger als drei Jahre im Ruhestand befinden.

Während für 70 Prozent der Rentnerinnen, die arbeiten oder arbeiten wollen, der finanzielle Aspekt evident ist, sind 54 Prozent der Rentner dieser Gruppe auf den Hinzuverdienst

angewiesen, weist die Studie aus. Eine mögliche Erklärung hierfür ist nach Ansicht der Forscher das unterschiedliche Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung nach Geschlecht, da Frauen im Durchschnitt geringere Rentenzahlungen erhalten und auf finanzielles Zubrot angewiesen sind.

Die als repräsentativ ausgewiesene Studie stellt laut WELT ferner fest, dass der Anteil der arbeitenden Rentner (59 Prozent) und Rentnerinnen (58 Prozent) unter denjenigen am höchsten ist, die ein Einkommen von 2.500 Euro und mehr haben. Liege das Einkommen zwischen 1000 und 2500 Euro, sinke der Anteil auf 16 beziehungsweise 26 Prozent. Von denen, die weniger als 1000 Euro zur Verfügung haben, seien 26 beziehungsweise 29 Prozent erwerbstätig. Gerade hier kann oft der Erwerbswunsch nicht umgesetzt werden.

Nach Angaben von Prof. Silke Anger (IAB) liege der Grund darin, dass die Gruppe mit den hohen Einkommen besser dazu fähig sei, weiterzuarbeiten. „Die Personen haben ihr Leben lang eher schonende Tätigkeiten ausgeübt, die körperlich weniger belastend waren.“ Der Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit nach Verrentung biete denen mehr Möglichkeiten, die aus anspruchsvollen Jobs kämen.

Die Studie fordert, den Blick auf die Gruppe von Rentnern zu richten, die „unfreiwillig“ oder ausschließlich aus finanziellen Gründen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Hier wäre zunächst die Detailfrage zu klären, ob die Erwerbsarbeit im Ruhestand dazu dient, das Wohlstandsniveau aus dem Erwerbsleben zu erhalten oder ob es um die Sicherung des Existenzminimums geht. Dann erst können gezielte Politikmaßnahmen ergriffen werden, glauben die Forscher.

[Hier](#) geht es zur Gesamtstudie.